

Die Geburtstätte und die erste Hochphase der modernen Universitäten lagen in Deutschland.

Wesentliche Merkmale der heutigen Universität wie die Einheit von Forschung und Lehre und die rechtlich garantierte Lehrfreiheit wurden zu Beginn der langen Blütezeit der deutschen Universitäten eingeführt, die mit Reformen in Halle und Göttingen begann. Die institutionelle und intellektuelle Überlegenheit der deutschen Universitäten im Zeitraum zwischen dem frühen 19. Jahrhundert und der Weimarer Republik war international anerkannt. Von 1901 bis 1932 erhielt Deutschland über dreißig Nobelpreise in den Naturwissenschaften, mehr als die im Ranking folgenden Länder Großbritannien und Frankreich zusammen. Mit der Selbsterstörung der deutschen Universitäten während der NS-Zeit und der explosionsartigen Ausweitung der Studentenzahlen in den sechziger Jahren verlor Deutschland jedoch seine Spitzenposition.

Heute leidet die deutsche Universität an geringer Flexibilität, an geringem Wettbewerb um die Studenten und an geringen Etats. In meinem Buch „Was die deutschen Universitäten von den amerikanischen lernen können“ habe ich versucht, eine amerikanische Stimme in die Debatte um die notwendigen Reformen einzubringen. Gleichzeitig bin ich jedoch überzeugt, dass es viele Vorzüge der deutschen Universitätstradition und auch manche Vorzüge der heutigen deutschen Universität gibt, von denen die Vereinigten Staaten und die übrige Welt lernen können. Der Titel meines Buches geht denn auch weiter: „und was sie vermeiden sollten“.

Vermutlich ist es eine Folge des Zweiten Weltkrieges, dass Deutschland nicht den Grad an Zuversicht demonstriert, der seiner tatsächlichen Stellung entspräche. Deutschland sollte jedoch auch nach Bologna nicht zögern, die einzigartigen Elemente seiner Universitätstradition zu bewahren und weiterzugeben.

Was können die Vereinigten Staaten lernen? Erstens sind Flexibilität und Unabhängigkeit des Studenten, beides Merkmale der deutschen Universitätstradition, wichtige Prinzipien des Lernens. Studenten lernen mehr, wenn sie Selbstständigkeit und Initiative beweisen müssen. Deutsche Studenten hatten die Freiheit, sich geistigen Fragen gleichsam organisch zu widmen, mithin auf ganz andere Weise, als dies die Schülermentalität an den meisten amerikanischen Universitäten nahelegt. Dort werden viele Hausaufgaben verteilt, die den Studenten nicht dazu auffordern, sich in ein Thema um seiner selbst willen zu vertiefen oder aus eigenem Antrieb die weiterführenden Fragen, die sich aus dem Studium ergeben, zu verfolgen.

Die besten deutschen Studenten erweisen sich dank ihrer Erziehung zur Selbstständigkeit als hochmotiviert und eigenverantwortlich. Selbsterziehung setzt nun einmal Freiheit voraus. Zweifelsohne hat diese Freiheit auch viel Leerlauf produziert, seit sich die deutschen Hochschulen in den sechziger Jahren zu Massenuniversitäten entwickelten, vor allem in den Geisteswissenschaften. Im großen Rahmen lässt sich das Humboldtsche Modell nun einmal schwer verwirklichen. Das Vorbild kann daher heute weder das alte deutsche System sein, das dem Gros der Studenten zu wenig Struktur bieten würde, noch das gegenwärtige deutsche System, das mit seinem kleinteiligen Leistungs- und Bewertungsschema zu sehr in die amerikanische Richtung geht. Nötig ist eine kluge, den lokalen Anforderungen angemessene Mischung beider Systeme. Gerade die Spitzenuniversitäten der Vereinigten Staaten, die über ausgezeichnete Studenten verfügen und in der Lage sind, kleinere Seminare anzubieten, könnten viel von dem alten deutschen Modell lernen.

Ein zweiter Vorteil des deutschen Systems ist die Spezialisierung der Seminare.

Was amerikanische von deutschen Universitäten lernen können

Geistige Unabhängigkeit, Selbstzweck des Wissens, Hochschätzung der Geisteswissenschaften: Wenn es seine Tradition nicht aus den Augen verliert, kann das deutsche Hochschulsystem in vielem ein Vorbild für die Vereinigten Staaten sein. *Von Mark Roche*



Das unruhige Streben in eine weise Tätigkeit verwandeln: Wilhelm von Humboldt vor der nach ihm benannten Universität

Foto Davids/Volker Hohlfeld

Das erlaubt den Studenten, so viel über bestimmte Forschungsgebiete zu lernen, dass es ihrer wissenschaftlichen Praxis zum Vorteil gereicht. In den Vereinigten Staaten ist es nichts Ungewöhnliches, im Grundstudium einen einsemestrigen Kurs in neuzeitlicher Philosophie mit den großen Werken von Bacon, Descartes, Hobbes, Spinoza, Locke, Leibniz, Hume und Kant zu belegen. Ich selbst habe während meines Studiums einen solchen Kurs am Williams College in Massachusetts absolviert. In meinem ersten Semester in Tübingen nahm ich dagegen an einem Seminar teil, in dem wir weniger als hundert Seiten Hegel lasen. Nur in diesem Kurs habe ich gelernt, einen philosophischen Text wirklich zu studieren.

Neben den Seminaren behauptet drittens die Vorlesung ihr gutes Recht. Weit mehr als in den meisten anderen Ländern wird in Deutschland immer noch das Format der großen Vorlesungen geschätzt, auch wenn die an Kriterienorientierung orientierten Studenten, zumal aus anderen

Fächern, nicht mehr wie früher in die Hörsäle strömen. Die alte deutsche Gepflogenheit, eine fachfremde Vorlesung zu besuchen oder einen großen akademischen Lehrer zu hören, ganz ohne Rücksicht auf den Scheinerwerb, war in den Vereinigten Staaten nie verbreitet. Dabei können Vorlesungen höchst effizient sein. Sie erlauben einer großen Anzahl von Studenten, charismatische Denker zu erleben und sich über den Stand der Forschung in anderen Fächern zu orientieren.

Nur selten gibt es in den Vereinigten Staaten Vorlesungen, von denen es heißt, man müsse sie gehört haben. Als ich an der University of Notre Dame Dekan wurde, schlug ich vor, die Professoren, die die besten Vorlesungen hielten, mit einem Ehrentitel auszuzeichnen. Meine Kollegen, stolz auf ihre kleinen Veranstaltungen, wiesen meine Idee entsetzt zurück. Viertens: Obwohl amerikanische Studenten ein breiter angelegtes

Grundstudium absolvieren, gilt ihr Graduiertenstudium in der Regel nur einem Fach. Dagegen studieren deutsche Studenten auch nach dem Grundstudium oft noch ein zweites Hauptfach oder zwei Nebenfächer, was ihnen einen viel weiteren geistigen Horizont gibt. Dies ist seit der Bologna-Reform zwar nicht mehr die Regel. Allerdings verlangt die Habilitation von jedem Professor, noch eine zweite Qualifikationsschrift auf einem anderen Gebiet als die Doktorarbeit vorzulegen. Nicht alle Professoren in den Vereinigten Staaten können mit zwei Büchern verschiedenen thematischen Zuschnitts aufwarten.

Deutschland ist den Vereinigten Staaten auch darin überlegen, dass von seinen Professoren erwartet wird, ihr Fach „in seiner ganzen Breite“ vertreten zu können. Das hat zum Teil auch etwas mit der Größe der Fachbereiche zu tun. In großen amerikanischen Fachbereichen findet man eine Spezialisierung, die in Deutschland nicht möglich wäre. Auf

eine Theologieprofessur in Deutschland würde niemand berufen werden, der nicht des Hebräischen und des Griechischen kundig ist. In den Vereinigten Staaten kann man auch einen theologischen Lehrstuhl erhalten, indem man sich beispielsweise auf Ethik oder Systematik spezialisiert.

Durch die größere Selbstbestimmung, geringere äußere Anreize und die Höher-schätzung der reinen gegenüber der angewandten Wissenschaft ist, fünftens, der Sinn für intrinsische Werte an den deutschen Universitäten stärker entwickelt. Während deutsche Professoren Status und Unabhängigkeit haben und zumindest formell noch immer in der Tradition des humboldtschen Ideals stehen, das die Forscherexistenz als Berufung, ja als etwas Charismatisches betrachtet, sind amerikanische Professoren eher Angestellte, die oft genug ihren Studenten zu gefallen suchen oder sich danach richten, was die Zufut oder die Geldgeber von ihnen erwarten. Auch hier droht Deutschland sei-

ne Tradition preiszugeben, da sich deutsche Professoren immer mehr im Kampf um Drittmittel aufreiben. Anreizstrukturen sind wichtig, ja unentbehrlich, doch bringen sie nicht die höchste Motivation. Deutschland, mit seiner Wertschätzung des Wissens an sich, weiß das besser als die Vereinigten Staaten.

Schlechtestens werden in Deutschland die Geisteswissenschaften noch immer im großen Stil gefördert, während sie in den Vereinigten Staaten in der Krise stecken. Die nationale Forschungsförderung verteilt sich folgendermaßen: Lebenswissenschaften sechzig Prozent, Ingenieurwissenschaften sechzehn Prozent, Physik acht Prozent, Umweltwissenschaften fünf Prozent, Mathematik und Informatik vier Prozent, Sozialwissenschaften vier Prozent, Psychologie zwei Prozent. Die Unterstützung für die Geisteswissenschaften ist so bescheiden, dass sie noch nicht einmal ausgewiesen ist. Im Haushaltsjahr 2012 hat das National Endowment for the Humanities (NEH) 146 Millionen Dollar erhalten, verglichen mit 30,9 Milliarden Dollar für die National Institutes of Health und 7,033 Milliarden Dollar für die National Science Foundation. Der Etat des NEH beträgt 0,38 Prozent der von Washington für alle drei Behörden bewilligten Etatsumme und gerade einmal 0,1 Prozent dessen, was Washington 2012 insgesamt für Forschung und Entwicklung ausgegeben hat. In Deutschland hingegen entfielen zwischen 2009 und 2012 rund neun Prozent der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf die Geisteswissenschaften.

Der größere Sinn für den intrinsischen Wert des Studiums in Deutschland ist wohl auch der Grund dafür, dass sich nur acht Prozent der deutschen Studenten für Betriebswirtschaftslehre (BWL) immatrikulieren gegenüber 21 Prozent in den Vereinigten Staaten. Umfragen unter deutschen Studenten zeigen, dass eine gute Allgemeinbildung nach wie vor vielen erstrebenswert scheint und, anders als in den Vereinigten Staaten, viel höher rangiert als Einkommen und gesellschaftlicher Status. Leider wird das Studium auch in Deutschland zunehmend als Durchgangsstadium zum Beruf betrachtet. Dennoch scheint mir Deutschland immer noch näher am Ideal der selbstzweckhaften Bildung zu sein als die Vereinigten Staaten mit ihrer explizit betriebenen Reduktion von *education* auf *jobs*.

Schließlich verschafft die Promotion in Deutschland noch immer hohes Ansehen, und die Professoren freuen sich, wenn ihre Doktoranden eine Stelle außerhalb der Universität bekommen. Abgesehen von Naturwissenschaften und Technik, neigen die amerikanischen Professoren dazu, jeden Promovierten, der einen außeruniversitären Beruf anstrebt, für zweitklassig zu halten.

Dem Bildungsreport „Education at a Glance 2013“ zufolge erwerben 2,7 Prozent der Deutschen den Doktorgrad. Das ist einer der höchsten Prozentsätze in der Welt. Die Vereinigten Staaten hingegen liegen bei 1,7 Prozent. Rechnet man die ausländischen oder internationalen Studenten aus der zitierten Statistik heraus, ist Deutschland mit 2,3 Prozent Weltspitze und hat auch hier einen beträchtlichen Vorsprung vor den Vereinigten Staaten (1,3 Prozent). Darüber erhalten Promovierte in Deutschland größere gesellschaftliche Anerkennung.

Wie sehr die Hochschulbildung in Deutschland geschätzt wird, geht indirekt aus der großen Anzahl von Hochschulabsolventen im politischen Leben hervor. Während neun der neunzehn Politiker, die die Geschichte Deutschlands nach dem Krieg, sei es als Kanzler oder als Bundespräsident, gelenkt haben, promoviert waren, hatte Amerika in seiner ganzen Geschichte nur einen Präsidenten mit einem deutschen Maßstäben entsprechenden Doktorhut: Woodrow Wilson.

Mark Roche ist Professor für deutsche Sprache und Literatur an der University of Notre Dame.

Die Mitsprache beim Sprechverbot

Postmodernistischer Autoritarismus: Wo Studenten ihre Dozenten denunzieren, weil diese ihnen das Denken nahebringen, stößt Aufklärung an ihre Grenzen

Die gegenwärtige Universität als „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“, wie die schlechterpolitisch reformierte Variante der Formel von der Universitas magistrorum et scholarium lautet, begreift sich als kommunikatives Kreislaufsystem, an dessen Optimierung alle Beteiligten mitarbeiten. Wie in Parodie auf Niklas Luhmanns Systemtheorie hat sich jeder als Bestandteil eines Netzwerks zu verstehen, in dem jedes Wort und jede Tat vom Ganzen induziert wird und aufs Ganze zurückwirkt.

Das kybernetische Vokabular, mit dem die Angehörigen der Institution ihre Arbeit beschreiben – von „Modularisierung“ über „Impulsreferat“ bis zu „Input“ und „Feedback“ –, ist Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Das klingt auch in der Beschreibung des Arbeitsfeldes Evaluation in den Richtlinien zur Qualitätssicherung und -entwicklung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) an, worin es heißt: „Durch die interne und externe Evaluation soll die Qualität von Lehre, Studium und Forschung gesichert und verbessert werden. Hierbei kann Evaluation sowohl summativ zur Bewertung von Ergebnissen als auch formativ zur Begleitung und Beratung eingesetzt werden.“

Während die „externe Evaluation“ von „Peers“ vorgenommen wird, die „abhängig von den Zielen des Evaluationsverfahrens Lehre, Studium und/oder Forschung auf der Basis des Selbsttreppens und einer ein- bis zweitägigen Vor-Ort-Begehung“

begutachten, ist die „interne Evaluation“ eine „systematische Bestandsaufnahme durch die Fächer/Fachbereiche“, in der „die zukünftige strategische Ausrichtung (das Profil) geklärt“ werden soll. Da zu den Fächern und Fachbereichen Dozenten und Studenten gehören, zählt zur „internen Evaluation“ die Bewertung der Lehrenden durch die Lernenden mittels anonymisierter Fragebögen. Obwohl es von den Beteiligten selten offen eingestanden wird, kommt darin ein neues Verständnis von der Beziehung zwischen Studenten und Dozenten zum Ausdruck.

Letztere haben fortan weniger die Aufgabe, die Leistungen der Studenten im Hinblick auf ihre Eignung für eine akademische Laufbahn zu beurteilen, als die Kommunikation zwischen sich selbst und den Studenten mittels eines flexiblen Notenrankings zu verbessern. Erstere wiederum werden weniger als Lernende denn als mündige Konsumenten wahrgenommen, die das ihnen offerierte Lehrangebot ebenso kompetent bewerten können wie die Lehrenden das Angebot an Nachwuchs.

Die Implementierung des Konkurrenzprinzips in den Lehrbetrieb wäre begründenswert, wenn sie der Formierung von Cliquen entgegenarbeiten würde, zu der das akademische Milieu schon immer neigte, gerade weil die Bildung geistiger Schulen notwendig ist, um es lebendig zu erhalten. Das Mobbing studentischer Gruppen gegen politisch oder auch nur habituell unliebsame Professoren, das in

den vergangenen Monaten an der Berliner Humboldt-Universität (HU) für Aufsehen gesorgt hat, deutet aber darauf hin, dass die administrativ verordnete Basisdemokratie die Cliquenbildung sogar befördert. Die von Studenten vorwiegend anonym mittels Blogs betriebene Diffamierung des HU-Politikwissenschaftlers Herfried Münkler und seiner Kollegen, des Soziologen Michael Makropoulos und des Historikers Jörg Baberowski, haben drei Gemeinsamkeiten.

Zum einen richten sie sich gegen Geistes- und Sozialwissenschaftler. Das ist nicht selbstverständlich, ist in der Zeit der Studenten- und Friedensbewegung doch nicht selten den Natur- und Technikwissenschaften ihre Beteiligung an Kriegsverbrechen und Rüstungsforschung vorgeworfen worden. Mit solchen Protesten, deren pragmatischer Zweck bei aller Kritikwürdigkeit erkennbar blieb, haben die jüngsten Kampagnen wenig zu tun. Sie entzündeten sich vorwiegend daran, dass die Denunzierten die Sprach- und Theoriecodes nicht einhalten, die von entsprechenden studentischen Gruppen zur Norm erhoben werden, und deshalb als Rassisten, Eurozentristen oder Sexisten gelten. Es geht nicht um die Durchsetzung diskutabler politischer Ziele, sondern nur um das, was die Denunzierten ihren Gegnern unterstellen: Diskurshegemonie.

Zum Sieg verholten werden soll dabei – dies ist die zweite Gemeinsamkeit – einem spezifischen Diskurs: dem postmodernem Kulturalismus in seinen verschie-

denen Spielarten, seien dies nun Antikolonialismus, Antisexismus oder die Critical Whiteness Studies, die an der HU seit einigen Jahren mit Vehemenz gegen die Sozial- und Geschichtswissenschaften die Verabsolutierung von „Kultur“ betreiben. Damit geht die dritte Gemeinsamkeit einher: das Bemühen, die Tradition der Aufklärung so weit wie möglich aus den Curricula zu tilgen. Dabei geht es nicht darum, einen Streit über problematische Implikationen des Denkens der Aufklärung zu initiieren, sondern im Gegenteil darum, jeden Streit präventiv zu unterbinden. Die Werke von Locke, Kant oder Hegel werden in keinem philosophischen oder historischen Seminar als unhinterfragbare Dogmen präsentiert, sondern als kanonische Texte, die gerade der kennen muss, der sie kritisieren möchte. Wer allein schon die Tatsache, dass solche Texte Pflichtlektüre sind, als Ausdruck von Autoritarismus versteht, gibt damit nur das eigene Bedürfnis zu erkennen, seine Autorität absolut zu setzen.

Selbst das ließe sich als Obskurantismus abtun, wenn nicht der Betrieb der wechselseitigen Evaluation, den die Universitätsverwaltungen begünstigen, solchen Interventionen eine praktische Bedeutung verliehe, die ihnen ihrem Gehalt nach nicht zukommt. Seit etwa zehn Jahren haben Internet-Plattformen wie „MeinProf.de“ das Prinzip der studentischen Lehreevaluation und des Rankings in einer Weise verallgemeinert, wie die HRK es zweifellos nicht beabsichtigt hat.

So ist gegen „MeinProf.de“ seit ihrer Gründung 2005 immer wieder von Hochschulen geklagt worden, um durchzusetzen, dass die dortigen Mitarbeiterprofile wegen beleidigender Kommentare oder aus datenschutzrechtlichen Gründen entfernt zu werden. Dennoch erfreut sich die Plattform als eine Art studentische Kundenberatung bis heute großer Beliebtheit. Vielen Klagen der vergangenen Jahre wurde stattgegeben, einige wurden abgelehnt, ohne dass sich zu dieser Form des Internetrankings eine einheitliche Rechtsprechung durchgesetzt hätte.

Mit den anonymen Blogs, auf denen Professoren denunziert werden, und den anonymisierten Fragebögen, auf denen Studenten im Einklang mit den Regeln des Betriebs ihre Dozenten evaluieren dürfen, haben Seiten wie „MeinProf.de“ zumindest die Intransparenz der Kriterien gemein, die der Bewertung zugrunde liegen. Wer einem Dozenten in einer studentischen Evaluation mangelnde pädagogische Fähigkeiten attestiert, konnte ihm womöglich aufgrund schlechter Vorbereitung nur nicht richtig folgen. Wer eine Professorin als autoritär und überheblich ansieht, hat vielleicht nur unangenehme Angst vor souverän auftretenden Frauen. Auskunft darüber gibt in den Evaluationsbögen allenfalls die Selbstevaluation, die nicht ihrerseits noch einmal evaluiert wird und auch einfach auf Selbstüberschätzung beruhen kann. Bei „MeinProf.de“ fällt sie weg, und die anonymen Blogs geben absichtsvoll keine Auskunft

über die Bildungswege und Fähigkeiten derjenigen, die sie betreiben.

Dass Netzwerke in einem Milieu, das sich zunehmend als Netzwerk begreift, stärkeren Einfluss gewinnen, mag unabweichlich sein. Gerade den Universitätsverwaltungen müsste jedoch daran gelegen sein, Prozesse der Evaluation rational und kalkulierbar zu gestalten und sie so wenig wie möglich durch willkürliche Manipulationen beeinflussen zu lassen, in denen sich womöglich nur enttäuschter Stolz, Unfähigkeit oder wütende Überforderung ausdrücken. Dafür wäre die Einsicht nötig, dass unnötige Hierarchien sich nicht beseitigen lassen, indem sich alle vor allen zu verantworten haben, sondern nur durch Besinnung auf Sachhierarchien, die im jeweiligen Erkenntnisgegenstand begründet sind. Das würde bedeuten, die Lernenden nicht einfach als mündige Lehrstoffkonsumenten anzusehen, sondern an dem zu messen, was sie sein könnten: künftige Lehrende. Kein anonymes HU-Blogger würde diesen Test bestehen. MAGNUS KLAUE

Anders als in unserer Ausgabe vom 3. Juni geschrieben, wird die Gastprofessur für das neue „Zentrum für Israel-Studien“ an der LMU München von der Allianz SE und vom Israel Institute in Washington finanziert. Gastprofessor ist der Historiker und frühere Außenminister Israels Shlomo Ben-Ami. F.A.Z.